

VÖB-Kapitalmarktprognose: Energiepreisschock hält Inflation und Zinsen hoch

22.10.2026

- Deutsche Wirtschaft wächst 2027 nach Einschätzung der VÖB-Institute zwischen 1,1 und 1,3 Prozent
- EZB-Leitzins auf Sicht von zwölf Monaten zwischen 2,25 und 3,00 Prozent erwartet
- Renditen zehnjähriger Bundesanleihen bleiben auf erhöhtem Niveau

Die durch den Konflikt am Persischen Golf erhöhten Energiepreise belasten weiterhin die Konjunktur- und Inflationsaussichten. Allerdings erweist sich die Weltwirtschaft bislang als widerstandsfähiger als zunächst erwartet. Dieses Bild bestimmten die Prognosen der Kapitalmarktexperten Manfred Bucher (BayernLB), Thomas Drissner (DekaBank), Sonja Marten (DZ BANK), Ulf Krauss (Helaba), Dr. Jens-Oliver Niklasch (LBBW) und Christian Lips (NORD/LB), die am Donnerstag bei einem Pressegespräch des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, präsentiert wurden.

Die VÖB-Institute rechnen für **Deutschland** im Jahr 2027 mit einem **Wachstum** zwischen 1,1 und 1,3 Prozent. Für den Euroraum liegen die Erwartungen in ähnlicher Höhe. Gestützt wird der Ausblick insbesondere durch höhere staatliche Ausgaben für Infrastruktur und Verteidigung, aber auch Investitionen in Rechenzentren sowie positive Impulse durch Künstliche Intelligenz. Gleichzeitig bleibt die Lage fragil: Hohe Energiepreise schmälern die Kaufkraft, belasten Unternehmen und können bei einer weiteren Eskalation im Nahen Osten zu neuen Lieferengpässen führen.

Bei der **Inflation** besteht Einigkeit darüber, dass der Energiepreisschock die Teuerung zunächst erhöht hält. Für November 2026 erwarten die Banken für Deutschland Inflationsraten zwischen 2,9 und 3,9 Prozent, für den Euroraum zwischen 3,7 und 4,1 Prozent. Im Jahresverlauf 2027 dürften Basiseffekte die Inflation wieder dämpfen. Die Einschätzungen zum Tempo dieser Entwicklung gehen jedoch auseinander. Während die BayernLB für November 2027 eine deutsche Inflationsrate von nur noch 1,7 Prozent prognostiziert, liegen die Erwartungen der übrigen Häuser zwischen 2,0 und 2,8 Prozent.

Pressekontakt:

Tel.: 030 8192-202

E-Mail: presse@voeb.de

Internet: www.voeb.de

Die Unterschiede in der Inflationseinschätzung spiegeln sich in den Prognosen zur **Geldpolitik**. Während die BayernLB auf Sicht von zwölf Monaten mit einem EZB-Einlagesatz von 2,25 Prozent bereits wieder niedrigere Kurzfristzinsen erwartet, sehen DekaBank und Helaba den Leitzins bei 2,75 Prozent. DZ BANK, LBBW und NORD/LB gehen sogar von einem Anstieg auf 3,00 Prozent aus.

Auch am **Rentenmarkt** erwarten die Experten trotz möglicher zwischenzeitlicher Entspannung ein erhöhtes Renditeniveau. Die Prognosen für zehnjährige Bundesanleihen liegen in zwölf Monaten zwischen 3,10 und 3,70 Prozent. Die BayernLB und die DZ BANK rechnen nach dem jüngsten Renditeanstieg mit moderaten Rückgängen auf 3,10 Prozent. Die DekaBank und die Helaba erwarten 3,20 bzw. 3,25 Prozent, die LBBW 3,40 Prozent. Als belastende Faktoren nennen die VÖB-Banken insbesondere die hohe Staatsverschuldung, umfangreiche Emissionsvolumina und die fiskalischen Risiken in Frankreich und den USA.

Bei zehnjährigen **US-Staatsanleihen** reichen die Erwartungen auf Sicht von zwölf Monaten von 4,40 Prozent bei der BayernLB bis 4,90 Prozent bei der LBBW. Neben dem weiteren Kurs der US-Notenbank spielen dabei die robuste US-Konjunktur, die hohe staatliche Kreditaufnahme und die Nachfrageentwicklung am Treasury-Markt eine wesentliche Rolle.

Für den Wechselkurs **EUR/USD** erwarten die Banken mittelfristig überwiegend eine Aufwertung des Euro. Die Prognosen für zwölf Monate reichen von 1,15 bis 1,20. Kurzfristig könnten jedoch eine höhere Risikoaversion, eine Straffung der US-Geldpolitik sowie die politische und fiskalische Unsicherheit in Frankreich den Dollar stützen.

Die maßgeblichen **Risiken** für den Ausblick liegen nach Einschätzung der Experten in einer weiteren Eskalation im Nahen Osten, einem länger anhaltenden Energiepreisschock, stärkeren indirekten Inflationseffekten sowie einer Verschärfung fiskalischer und politischer Spannungen in Frankreich und den USA.

Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der deutschen Kreditwirtschaft. Er vertritt die Interessen von 64 Mitgliedern, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes

Pressekontakt:

Tel.: 030 8192-161

Fax: 030 8192-167

E-Mail: presse@voeb.de

Internet: www.voeb.de

und der Länder. Die Mitgliedsinstitute des VÖB haben eine Bilanzsumme von rund 3.100 Milliarden Euro.

Mit einem Marktanteil von über 32 Prozent bei Unternehmenskrediten sind die VÖB-Mitgliedsbanken eine maßgebliche Säule der deutschen Wirtschaft. Sie sind Spitzenreiter bei der Finanzierung der öffentlichen Hand: Ihr Marktanteil bei der Kreditvergabe an Bund, Länder und Gemeinden liegt bei über 66 Prozent.

Die Förderbanken des Bundes und der Länder haben im Jahr 2025 Förderdarlehen in Höhe von knapp 80 Milliarden Euro bereitgestellt. Die VÖB-Institute sind zudem Treiber der nachhaltigen Transformation. Mehr als 50 Prozent des seit 2019 in Deutschland von Banken ausgegebenen Green-Bond-Volumens stammen von VÖB-Mitgliedsbanken.

Als einziger kreditwirtschaftlicher Verband übt der VÖB die Funktion eines Arbeitgeberverbandes für seine Mitgliedsinstitute aus. Die tarifrechtlichen Aufgaben, insbesondere der Abschluss von Tarifverträgen, werden von der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken wahrgenommen. Ihr gehören 48 Mitgliedsinstitute mit über 65.000 Beschäftigten an.

Weitere Informationen unter www.voeb.de

Pressekontakt:

Tel.: 030 8192-161

Fax: 030 8192-167

E-Mail: presse@voeb.de

Internet: www.voeb.de